

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur Unterrichtung durch die Bundesregierung
— Drucksache 10/6073 —

Energiebericht der Bundesregierung

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Brokdorf wäre energiepolitisch eine bewußt falsche Weichenstellung. Die herrschende Politik würde sich damit, allen Beteuerungen zum Trotz, massiv über die Sorgen und Ängste der Bevölkerung hinwegsetzen. Sie würde die norddeutsche Region in die bundesweit höchste Abhängigkeit von Atomstrom führen. Sie würde hohe finanzielle Mittel endgültig binden. Sie würde das Umschalten auf eine andere Energiepolitik für alle zukünftigen Regierungen in unzumutbarer Weise erschweren. Sie würde die Entwicklung sinnvoller und – wie Gutachten, die im Auftrage der Bundesregierung erstellt wurden, belegen – machbarer Alternativen am Energiemarkt erheblich belasten.

2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sicherzustellen, daß das Atomkraftwerk Brokdorf keine Betriebsgenehmigung erhält.

Bonn, den 3. Oktober 1986

Dr. Vogel und Fraktion

